

## Europa-Gipfel in Dublin

# Klares Bekenntnis zur deutschen Einheit

Bundeskanzler Helmut Kohl hat die Beschlüsse der europäischen Staats- und Regierungschefs am 28. April in Dublin ein „Superergebnis“ genannt und seine Dankbarkeit gegenüber den EG-Partnern mit dem Satz ausgedrückt: „Das war heute für uns Deutsche in der Tat eine historische Stunde.“

Mit einem klaren und eindrucksvollen Bekenntnis zur deutschen Einheit und einem ersten Schritt auf dem Weg zur politischen Union ist das Gipfeltreffen der Europäischen Gemeinschaft zu Ende gegangen. Der Europäische Rat begrüßt die bevorstehende Vereinigung Deutschlands und freut sich auf den „positiven und fruchtbaren Beitrag“, den das ganze deutsche Volk im Anschluß an die Eingliederung der DDR in die Gemeinschaft leisten könne.

Mit der Vorbereitung der politischen Union hat die Konferenz die deutsch-französische Initiative aufgegriffen, die eine Ratifizierung neuer EG-Verträge bis Anfang 1993 vorsieht. Charles Haughey, irischer Ministerpräsident und Gastgeber in Dublin: „Der ganze Prozeß ist jetzt so unaufhaltsam wie der Rhein.“

### HEUTE AKTUELL

#### ● Deutschland

Rudolf Seiters: Unsere Mitbürger in der DDR sind in der Gemeinschaft freier Völker willkommen. Regierungserklärung im Wortlaut. Seite 4

#### ● Ausländerrecht

Wolfgang Schäuble: Mit dem neuen Ausländerrecht die Ausländerfreundlichkeit bewahren. Seite 13

#### ● Agrarpreise

Ignaz Kiechle: Unser Widerstand hat sich gelohnt. Seite 16

#### ● Nordrhein-Westfalen:

Volker Rühle: Demagogische SPD-Wahlkampfbroschüre soll Wähler verwirren. Seite 19

#### ● Dokumentation

Leitsätze zur Kulturpolitik. Grüner Teil

## Der Bundeskanzler bekräftigt: Keine Steuererhöhungen

Die bevorstehende wirtschaftliche Vereinigung Deutschlands wird nach Ansicht von Bundeskanzler Helmut Kohl „erhebliche zusätzliche Wachstumskräfte freisetzen“. Mit dieser Erwartung begründete er in seiner Rede zur Eröffnung der Hannover-Messe „Industrie '90“ die entschiedene Absage an Steuererhöhungen. Höhere Steuern würden nur gefährden, was jetzt entscheidend ist, nämlich Investitionen und unternehmerisches Engagement.



## Kommentare zum EG-Gipfel in Dublin

### Helmut Kohl kann zufrieden sein

Die EG steht geschlossen hinter der Deutschland-Politik von Bundeskanzler Kohl. Dies ist das wichtigste Ergebnis des Dubliner Gipfeltreffens der zwölf Staatschefs. Die deutsche und die europäische Einigung werden beide kommen. Die eine etwas schneller als die andere. Dublin hat bewiesen: Die Europäer legen den Deutschen keine Steine in ihren Weg zur Einheit. Und sie streben auch die europäische Einheit an. Kanzler Kohl kann mit diesem Gipfel-Erfolg zufrieden sein.

Frankfurter Neue Presse

### Die EG und die Einheit

Den letzten Ausschlag gab die sogenannte „Kohl-Miterrand-Initiative“ für den Ausbau der Gemeinschaft zu einer politischen Union. Sie wurde als Beweis gewertet, daß die vereinigten Deutschen nach der erwarteten Erledigung der „Vier-Mächte-Verantwortung für Deutschland als Ganzes“ ihre vollends gewonnene Souveränität nicht zu einer Machtpolitik alten Stils gebrauchen, sondern sie in eine Gemeinschaftssouveränität einbringen wollen.

General-Anzeiger, Bonn

### An Schwung gewonnen

Kein Zweifel, es war der Tag Helmut Kohls. Mit großer Befriedigung konnte der Bundeskanzler am Ende des Sonder-Gipfeltreffens der Europäischen Gemeinschaft am Wochenende in Dublin von einer historischen Stunde für die Deutschen sprechen. Wenn selbst im Schlußkommuniqué der Konferenz die Partner in geradezu freundschaftlichen und herzlichen Worten die Vereinigung Deutschlands begrüßen, so wird darin deutlich, was die Bundesregie-

rung in den letzten Monaten geleistet hat, um Befürchtungen zu zerstreuen.

Handelsblatt

### Nichts ohne Bonn

Helmut Kohl konnte seinen größten Triumph feiern: Ausnahmslos alle EG-Staaten, auch Margret Thatcher, unterstützen den von Kohl eingeschlagenen Weg. Das fiel vor allem Portugal, Spanien und anderen leichter, nachdem Kohl erklärt hatte, Bonn wolle zur Finanzierung der deutschen Einheit nicht in die EG-Kasse greifen.

Die Welt

### Triumph für die deutsche Diplomatie

Das Wort vom Triumph für die deutsche Diplomatie ist in diesem Fall angebracht. Die Regierung in Bonn hat verhindert können, daß sich die Nachbarn in der Gemeinschaft gegen sie stellen. Der Weg in die Europäische Gemeinschaft ist für die DDR inzwischen ohne Hindernis, ja mehr noch, sie wird mit offenen Armen empfangen. Zum anderen wird die deutsche Einheit nicht länger als bremsendes Element für den europäischen Integrationsprozeß gefürchtet, sondern eher als beschleunigende Kraft begrüßt. Bayerischer Rundfunk

### Ein Meisterstück

Der Kanzler machte klar, daß er beides will: Die Einheit Deutschlands und die Vollendung der Integration Europas in Form einer politischen Union. Die Initiative, mit der er auch das um seinen künftigen Einfluß besorgte Frankreich auf seine Seite brachte, hat den deutschen Spielraum vergrößert. In einer immer noch kritischen Phase die Erörterungen über die Ausweitung Deutschlands auf die Vertiefung der institutionellen Zusammenarbeit in Westeuropa umzulenken, war ein Meisterstück, das in Dublin auch von den verblüfften Engländern anerkannt wurde.

Welt am Sonntag



# Die Vereinigung Deutschlands – ein positiver Faktor für Europa

Die Gemeinschaft begrüßt in hohem Maße die Vereinigung Deutschlands. Sie freut sich auf den positiven und fruchtbaren Beitrag, den das ganze deutsche Volk im Anschluß an die bevorstehende Eingliederung des Staatsgebiets der DDR in die Gemeinschaft leisten kann. Wir sind zuversichtlich, daß die Vereinigung Deutschlands – als Ergebnis des frei geäußerten Wunsches des deutschen Volkes – ein positiver Faktor in der Entwicklung Europas im allgemeinen und der Gemeinschaft im besonderen wird.

Wir freuen uns, daß die Vereinigung Deutschlands unter einem europäischen Dach stattfindet. Die Gemeinschaft wird dafür Sorge tragen, daß die Eingliederung des Staatsgebiets der Deutschen Demokratischen Republik in die Gemeinschaft reibungslos und harmonisch vollzogen wird. Der Europäische Rat ist überzeugt, daß diese Eingliederung zu einem raschen Wirtschaftswachstum in der Gemeinschaft beitragen wird, und erklärt, daß dabei das wirtschaftliche Gleichgewicht und die monetäre Stabilität gewahrt bleiben müssen. Diese Eingliederung wird vorbehaltlich der

erforderlichen Übergangsvereinbarungen wirksam, sobald die Vereinigung gesetzlich vollzogen ist. Die Eingliederung erfolgt ohne Änderung der Verträge.

Bis zur Vereinigung wird die Bundesregierung die Gemeinschaft über alle wichtigen Maßnahmen unterrichten, die zwischen den Regierungen der beiden deutschen Staaten im Hinblick

## Die Schlußerklärung des Dubliner EG-Gipfels in Auszügen

auf eine Angleichung in den Bereichen Politik und Gesetzgebung erörtert und vereinbart werden. Darüber hinaus wird die Kommission in vollem Umfang in diese Erörterungen einbezogen.

Während dieser Zeit wird der Deutschen Demokratischen Republik uneingeschränkter Zugang zu den EIB-, EURATOM- und EGKS-Kreditfazilitäten gewährt, und zwar zusätzlich zu der Unterstützung, welche die Gemeinschaft im Rahmen der koordinierten Aktion der Gruppe der 24 leistet, und unter Beteiligung an den EUREKA-Projekten.

## Neu: „Union“

In den nächsten Tagen werden die Mitglieder der CDU die erste Ausgabe von „Union“, dem Magazin der CDU Deutschlands, erhalten. Damit wird der Beschluß des Bremer Parteitag im

September des vergangenen Jahres eingelöst, eine neue ansprechende Zeitschrift für die Mitglieder vorzulegen. Für dieses Jahr sind insgesamt vier Ausgaben geplant. Ab 1991 wird das Magazin jährlich achtmal erscheinen.



Rudolf Seiters:

## Unsere Mitbürger in der DDR sind in der Gemeinschaft freier Völker willkommen

**Der Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes, Rudolf Seiters, gab in der Sitzung des Deutschen Bundestages am 27. April 1990 zum Stand der Verhandlungen mit der DDR folgende Erklärung der Bundesregierung ab:**

In den zurückliegenden Wochen und Monaten haben wir auf dem Weg zu Freiheit, Menschenrechten und Selbstbestimmung für alle Deutschen Fortschritte gemacht, wie sie noch vor einem halben Jahr kaum jemand für möglich gehalten hätte. Niemand kann zweifeln: Wir sind der Einheit unseres Vaterlandes ein weiteres, großes Stück näher gerückt — so nahe wie niemals zuvor seit der Teilung unseres Landes.

Mit den Wahlen vom 18. März 1990 haben unsere Landsleute in der DDR ein klares und überzeugendes Bekenntnis abgelegt zur freiheitlichen und rechtsstaatlichen Demokratie, zur Einheit unseres Vaterlandes, zur Sozialen Marktwirtschaft und zur Verankerung Deutschlands in der Gemeinschaft freier Völker. Dieses Votum bestätigt gleichzeitig alle diejenigen, die immer davon überzeugt waren — und dies auch immer als ihre

Überzeugung gesagt haben —, daß die Menschen in der DDR nicht nur die Freiheit, sondern auch die Einheit wählen würden, wenn sie denn die Gelegenheit dazu bekämen.

**Mit der Konstituierung der ersten frei gewählten Volkskammer erfüllt sich auch der Ruf: „Wir sind das Volk!“, mit dem die Menschen im Herbst vergangenen Jahres ihr Recht auf Selbstbestimmung einforderten.**

Zum erstenmal nach 57 Jahren konnten in diesem Teil unseres Vaterlandes wieder frei gewählte Abgeordnete ins Parlament einziehen. Darauf können wir Deutschen in Ost und West mit Recht stolz und froh sein.

Die Volkskammer hat gleich zu Beginn ihrer Arbeit eine gemeinsame Erklärung verabschiedet, die in der ganzen Welt große Beachtung fand. Darin bekennen sich die Abgeordneten der Volkskammer in eindrucksvoller Weise zur gemeinsamen historischen Verantwortung aller Deutschen. Dies ist ein Dokument der Einheit und der Gemeinsamkeit.

Noch vor Ostern konnte eine neue Regierung gebildet werden, die von einer breiten parlamentarischen Mehrheit getragen wird. Diese Regierung unter Führung von Ministerpräsident Lothar de Maizière ist



die erste demokratisch legitimierte Regierung in der DDR. Sie steht jetzt vor einer außerordentlich schwierigen Aufgabe und trägt eine große Verantwortung. Sie verdient unser volles Vertrauen und unsere volle Unterstützung.

**Mit der Regierungserklärung vom 12. April 1990 hat sich die Regierung der DDR zur staatlichen Einheit Deutschlands, zu Freiheit, zu Rechtsstaatlichkeit, zu Föderalismus und zur Sozialen Marktwirtschaft bekannt. Damit ist auch zwischen Elbe und Oder die Zeit der totalitären Einparteienherrschaft zu Ende.**

Für die Bundesregierung bedeutet dies, daß wir nun endlich gemeinsam mit einem gleichberechtigten, demokratisch legitimierten Partner den Weg zur Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands gestalten können. Wir sind fest entschlossen, diese große Chance für ganz Deutschland in nationa-

## Ein mutiges Angebot

ler Verantwortung, in Solidarität und auch im Bewußtsein unserer Verantwortung gegenüber unseren Nachbarn in West und in Ost zu nutzen.

**Wir haben unser Angebot — ein weitreichendes und mutiges Angebot — unterbreitet: die rasche Verwirklichung der Währungsunion mit Wirtschafts- und Sozialgemeinschaft.**

Dies ist ein wichtiger Schritt auf dem Wege zur deutschen Einheit und eine der größten politischen Gestaltungsaufgaben der Nachkriegsgeschichte. Wir haben dieses Angebot gemacht, weil wir überzeugt sind, nur auf diesem Wege — der Einfüh-

rung der DM auch in der DDR — den Menschen eine überzeugende Perspektive für eine Besserung ihrer wirtschaftlichen Lebensverhältnisse zu geben. Es sollte ein Signal sein, den Strom von Übersiedlern zu stoppen: 360.000 Übersiedler von Anfang November 1989 bis Ende März 1990.

Die Zahlen sind jetzt rückläufig: Statt rund 74000 Übersiedler im Januar und 64.000 im Februar kamen im März noch 46.000; im April wurden bis heute knapp 16.000 Übersiedler registriert.

Wir verkennen nicht, daß wir bei der Verwirklichung dieser Aufgabe viele schwierige Probleme lösen müssen. Mit dem Übergang von der maroden sozialistischen Mißwirtschaft nach über 40 Jahren zur Sozialen Marktwirtschaft betreten wir in vieler Hinsicht Neuland. Im Grunde ist dieses Unternehmen überhaupt nicht vergleichbar: die Umwandlung einer gescheiterten, über 40 Jahre gewachsenen sozialistischen, zentralistischen Planwirtschaft in eine Soziale Marktwirtschaft innerhalb von wenigen Wochen und Monaten.

Das macht die ungewöhnliche Dimension dieses Unternehmens deutlich, für die es bisher kein historisches Vorbild gibt.

**Eine solche Aufgabe erfordert von uns allen viel Mut und Energie, Phantasie und politischen Gestaltungswillen. Aber wir können sie lösen, wenn wir uns — in der Bundesrepublik und in der DDR — etwas zutrauen und diese große Aufgabe beherzt anpacken.**

Wir sagen unseren Bürgern, daß von dem dynamischen wirtschaftlichen Aufholprozeß, den wir in dem Gebiet der DDR durch den Übergang zur Marktwirtschaft erleben werden, alle profitieren, nicht nur



die Bürger im anderen Teil Deutschlands, sondern auch wir. Ich sage aus tiefer Überzeugung: Zukunftspessimismus, Kleinmut, Skepsis und Distanz gegenüber den notwendigen Veränderungen sind keine Basis für einen erfolgreichen Neuanfang. Ich kann nur an alle Beteiligten, an uns alle appellieren, den sicherlich schwierigen Neubeginn nicht durch polemische Verzerrungen und das Schüren von Angst oder Neidgefühlen zu erschweren.

Es sollte auch niemand die Verantwortung auf sich nehmen, die Verwirklichung

## Währungsunion zum 2. Juli

der Währungsunion zu verzögern. Der Übersiedlerstrom würde wieder anschwellen, und die Hoffnungen vieler Menschen würden enttäuscht. Dies kann niemand von uns wollen. Diese Bundesregierung und diese Koalition wollen es jedenfalls nicht.

Die Bundesregierung hält deshalb an ihrem Zeitplan fest. Das heißt konkret:

- Einigung über die wesentlichen Punkte der Währungsumstellung bis Anfang Mai
- Verwirklichung der Währungsunion mit Wirtschafts- und Sozialgemeinschaft bis zum 2. Juli 1990.

Die Bundesregierung hat in dieser Woche mit der Regierung der DDR die Gespräche über einen Staatsvertrag zur Verwirklichung der Währungsunion mit Wirtschafts- und Sozialgemeinschaft aufgenommen — unmittelbar nach dem umfassenden Meinungsaustausch zwischen Bundeskanzler Helmut Kohl und Ministerpräsident de Maizière am vergangenen Dienstag in Bonn.

Bei diesem Treffen ist dem Ministerpräsidenten der DDR das Arbeitspapier über die Gespräche für einen Staatsvertrag

überreicht worden. Am gleichen Tage, beziehungsweise am nächsten Morgen, sind diese Unterlagen dem Oppositionsführer, allen Fraktionen des Deutschen Bundestages und allen Bundesländern zugeleitet worden. Die Chefs der Staats- und Senatskanzleien der Länder wurden von mir am gestrigen Tage in einer Konferenz in Bonn unterrichtet, ebenso die Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden der besonders befaßten Ausschüsse des Deutschen Bundestages.

Ich sage dies mit Blick auf die Kritik, die Bundesregierung würde parlamentarische Gremien, würde die Opposition oder die Länder nicht genügend unterrichten und ihnen Unterlagen vorenthalten. Ich halte diese Kritik nicht für berechtigt.

**Wenn wir von gleichberechtigter Partnerschaft mit der DDR sprechen, dann muß der Regierungschef der DDR auch der erste sein, der die Vorschläge der Bundesregierung in die Hand bekommt. Alles andere wäre nun wirklich kein akzeptables Verfahren.**

Nach unseren Vorstellungen soll der Vertragstext ein klares Bekenntnis beider Seiten zur freiheitlichen demokratischen und sozialen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes enthalten. Das bedeutet auch, daß entgegenstehende Vorschriften der DDR-Verfassung nicht mehr angewendet werden.

## Hinweis auf Artikel 23

Ich brauche ja nur Stichworte über einzelne Vorschriften zu nennen: die staatliche Leitung und Planung der Volkswirtschaft und aller anderen gesellschaftlichen Bereiche, das Währungs- und Finanzsystem als Sache des sozialistischen Staates, das sozialistische Eigentum, sozialistische Betriebe und Produk-



tionsgenossenschaften mit der damit verbundenen Einschränkung wirtschaftlicher Handlungsfreiheit, Gewerkschaften als umfassende Klassenorganisationen einer sozialistischen Gesellschaft oder die staatliche Monopolisierung der Außenwirtschaft.

In der Präambel des Vertrages soll auch ausdrücklich festgehalten werden, daß die Schaffung der Währungsunion mit Wirtschafts- und Sozialgemeinschaft die Herstellung der staatlichen Einheit nach Art. 23 des Grundgesetzes unter Berücksichtigung der Tatsache vorbereiten soll, daß die äußeren Aspekte der Einheit Gegenstand der Gespräche im Rahmen „Zwei plus Vier“ sind.

**Der Hinweis auf Art. 23 ist besonders wichtig. Das Grundgesetz ist anerkannt als Basis für die erste stabile Demokratie auf deutschem Boden. Es ist die beste Verfassung, die Deutsche jemals hatten. Das Wahlergebnis vom 18. März 1990, aber auch die öffentlichen politischen Erklärungen der überwiegenden demokratischen Kräfte, in der DDR zeigen doch: Auch die Menschen in der DDR wollen die Einheit auf dem Boden des Grundgesetzes.**

Ein gemeinsamer Regierungsausschuß soll bei der Durchführung des Vertrages das notwendige Einvernehmen gewährleisten. Über die parlamentarischen Fragen und über den Parlamentsausschuß werden wir ja noch miteinander — ich denke, gemeinsam — reden.

Darüber hinaus beinhalten unsere Vorschläge jeweils ein Kapitel mit Bestimmungen über die Währungsunion, die Wirtschaftsgemeinschaft, die Sozialgemeinschaft sowie über Staatshaushalt und Finanzen.

Kernpunkt der Ausführungen zur Währungsunion sind zweifellos die Grundsätze der Umstellungsmodalitäten. Hierzu hat die Bundesregierung zu

## Die DM bleibt stabil

Beginn dieser Woche ihr Angebot an die DDR im einzelnen dargelegt.

**Es ist ein faires und großzügiges Angebot. Es ist kein taktisches Angebot. Es wird von der Verantwortung gegenüber der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in beiden Teilen Deutschlands getragen. Es wird getragen von der Verantwortung gegenüber unseren Landsleuten in der DDR, die ein schweres Schicksal zu tragen hatten, wie auch gegenüber den Bürgern und Steuerzahlern der Bundesrepublik Deutschland, denen wir Rechenschaft schulden.**

Es steht schließlich in der Verantwortung auch gegenüber der DDR, die ein schweres Schicksal zu tragen hatten, wie auch gegenüber den Bürgern und Steuerzahlern der Bundesrepublik Deutschland, denen wir Rechenschaft schulden.

Es steht schließlich in der Verantwortung auch gegenüber der Stabilität der DM, an der die Menschen in beiden Teilen Deutschlands gleichermaßen ein ganz elementares Interesse haben müssen.

Wir wissen, daß wirtschaftliche Instabilität immer auch den Keim politischer Instabilität in sich trägt. Deshalb werden wir die Stabilität der DM nicht gefährden, sondern wahren.

Ich füge hinzu: Unser Angebot geht über das hinaus, was der Bundeskanzler vor den Wahlen am 18. März 1990 versprochen hat. Deshalb nur ein Satz: Ich weise



auch an dieser Stelle die in den letzten Wochen aus den Reihen der Opposition erhobenen falschen und unwahren Vorwürfe mit allem Nachdruck zurück.

## Lohnpolitik wird wichtig

Ich verweise darauf, daß Löhne und Gehälter grundsätzlich im Verhältnis 1 : 1 gegenüber dem jetzigen Stand (ohne Ausgleichszahlung für Subventionsabbau und bei Verwirklichung der Preisreform in der DDR) umgestellt werden sollen.

**Bundesregierung und Koalition sind sich darüber einig, daß der künftigen Lohnpolitik in der DDR eine große und entscheidende Bedeutung für die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe in der DDR zukommt.**

Ich verweise auch darauf, daß nach dem Vorschlag pro Person ein Betrag bis zu 4000 Mark der DDR im Verhältnis 1 : 1 umgetauscht werden soll. Für eine vierköpfige Familie bedeutet das die Möglichkeit eines Umtauschs von 16 000 Mark der DDR im Verhältnis 1 : 1 in DM und eines darüber hinausgehenden Guthabens in Höhe von 2 : 1.

All das ist vor dem Hintergrund der Angaben der DDR-Staatsbank zu sehen, wonach von rund 23 Millionen Sparkonten rund 16 Millionen über Guthaben von weniger als 5000 Mark der DDR verfügen.

Deshalb wiederhole ich: Dies ist ein großzügiges und auch faires Angebot an unsere Landsleute in der DDR.

Ich habe manchmal den Eindruck, daß in der DDR wie vor den Wahlen so auch jetzt ganz bewußt unter parteipolitischen Gesichtspunkten Ängste geschürt und Mißverständnisse gestreut werden. Ich kann mich über die Töne aus den Reihen der PDS nur wundern, also der Partei

SED-PDS, die diesen Staat und insbesondere unsere Landsleute in der DDR über viele Jahre ins Unglück gestürzt haben. Darüber gibt es doch wohl keine Meinungsverschiedenheiten.

Bei den Bestimmungen zur Wirtschaftsgemeinschaft geht es entscheidend um die Sicherung der notwendigen Rahmenbedingungen für die Funktionsfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft in der DDR.

Bei der Sozialgemeinschaft geht es insbesondere um die Absicht der DDR, ein gegliedertes System der Sozialversicherung analog zum System der Bundesrepublik Deutschland einzuführen.

**Ich will besonders hervorheben, daß für die Rentner nach Auffassung der Bundesregierung mit Inkrafttreten des Vertrages die sofortige Anhebung des Rentenniveaus von derzeit etwa 50 Prozent auf 70 Prozent des durchschnittlichen Nettoarbeitsverdienstes vorgesehen werden soll, so wie dies unseren Regelungen entspricht.**

Das bedeutet, daß die meisten Renten in DM höher liegen werden als heute in Mark der DDR. Soweit sich in Einzelfällen ein niedrigerer Betrag in DM gegenüber der bisherigen Höhe in Mark der

## Vorsorge für Schwierigkeiten

DDR ergibt, wird sichergestellt, daß die bisherige Rentenhöhe in DM gezahlt wird.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang: Unser Angebot zur Anschubfinanzierung bei der Renten- und Arbeitslosenversicherung besteht unverändert und soll auch im Vertragstext festgehalten werden. Hieraus wird mehr als deutlich: Wir sind bereit, Vorsorge für die Schwierigkeiten zu treffen, die sich beim notwendigen



Übergang zur Sozialen Marktwirtschaft nicht vermeiden lassen.

Der Bundeskanzler hat immer wieder betont, daß gerade die älteren Menschen, die den Krieg und über 40 Jahre sozialistische Mißwirtschaft ertragen mußten, heute in besonderer Weise unser Verständnis, unseren Respekt und unsere Zuneigung verdienen. Diesen Menschen fühlt sich die Bundesregierung in besonderer Weise verpflichtet.

**Von besonderer Bedeutung ist für die Bundesregierung schließlich, die notwendigen strukturellen Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt durch eine aktive Arbeitsmarktpolitik zu gestalten. Dem dient unser Vorschlag, ein System der Arbeitsförderung mit den Schwerpunkten berufliche Qualifizierung und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen einzuführen.**

Das Thema Staatshaushalt und Finanzen muß im Blick auf den Staatsvertrag sicher in einem besonders engen Zusammenhang mit den Währungsfragen gesehen werden. Denn das oberste Ziel ist es, in jedem Fall die Stabilität der DM zu gewährleisten. Von daher kommen den Verabredungen über Kreditaufnahme und Finanzzuweisungen naturgemäß besondere Bedeutung zu.

Ich betone in diesem Zusammenhang noch einmal: Die Bundesrepublik Deutschland ist — ich denke, das gilt nicht nur für den Bund — zur finanziellen Unterstützung der DDR bereit.

Gleichzeitig besteht aber auch im Rahmen der Währungsunion mit Wirtschafts- und Sozialgemeinschaft die eigenständige Finanz- und haushaltspolitische Verantwortung der DDR fort. Ebenso wie in der Bundesrepublik Deutschland muß daher auch in der DDR sorgfältig abgewogen

werden, was finanziell machbar ist und was nicht.

Aus der dargestellten Grundstruktur unserer Vorschläge wird deutlich, daß es im Blick auf den Staatsvertrag um zweierlei geht:

Zum einen um die notwendige rechtliche Grundlage für die Verwirklichung der

## Wirtschaftliche Neuorientierung

angestrebten Währungsunion mit Wirtschafts- und Sozialgemeinschaft.

Zum anderen aber auch um die vielfältigen Wechselwirkungen zwischen den Bereichen Währung, Wirtschaft, Haushalt, Finanzen und Soziales.

**Unser Hauptziel muß darin bestehen, in der DDR eine grundlegende wirtschaftliche Neuorientierung, das heißt den Wechsel zur Sozialen Marktwirtschaft, zu vollziehen, denn nur dieser Wechsel setzt jene Kräfte frei, die bisher durch das sozialistische Wirtschaftssystem verschüttet waren.**

Wenn die DDR in diesem zentralen Punkt — also bei der Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft — konsequent handelt, dann kann überhaupt kein Zweifel daran bestehen, daß dies der wirtschaftlichen Entwicklung eine positive Wendung geben und vor allem das dringend notwendige private Kapital in der DDR fließen lassen wird.

Daß der Wirtschaftsraum zwischen Oder und Elbe — ich wiederhole — unter marktwirtschaftlichen Bedingungen attraktive Zukunftsperspektiven bietet, sehen deutsche und internationale Investoren offensichtlich viel klarer als manche Angstpropheten hierzulande.

Um Mißverständnisse zu vermeiden: Richtig ist, daß in der vor uns liegenden



Zeit erhebliche Finanzierungsanstrengungen notwendig sein werden. Alle öffentlichen Haushalte, also die von Bund, Ländern und Gemeinden, werden hierzu ihren Beitrag leisten müssen und auch können.

Dabei ist klar: Die zentrale Finanzierungsquelle ist und bleibt das Wirtschaftswachstum. Ich füge hinzu: Jede Unterstützung, die wir jetzt der DDR zukommen lassen, ist zugleich eine Investition in unsere eigenen Wachstumsmög-

## Keine Steuererhöhungen

lichkeiten. Denn von einem „Wirtschaftswunder“ in der DDR profitieren alle — auch die Unternehmen und Beschäftigten hierzulande.

So wird das reale Wirtschaftswachstum — nach dem neuesten Konjunkturgutachten der Forschungsinstitute — schon in diesem Jahr mit plus 4 Prozent deutlich höher als erwartet ausfallen.

Dies kann für 1990 und 1991 allein bei den Steuern zu einem Plus von rund 30 Milliarden DM führen.

**Wenn man — wie etwa die EG-Kommission — davon ausgeht, daß 1 Prozentpunkt mehr Wachstum bei den öffentlichen Haushalten insgesamt rund 10 Milliarden DM pro Jahr an Mehreinnahmen erbringt, dann sind die Belastungen für die Bundesrepublik Deutschland durchaus verkraftbar.**

Natürlich müssen wir bei unseren Investitionen in die deutsche Einigung zugleich neue Prioritäten bei den Aufgaben setzen.

Wir werden bei den Ausgaben einsparen und umschichten müssen. Kurzfristig entfallen etwa Zahlungen für die Transitpauschale, längerfristig auch für Berlin-Hilfen. Nicht zuletzt ergeben sich Einspa-

runge und Umschichtungen im Zuge der Neuorientierung der Bundeswehr.

Ein Weiteres kommt hinzu: Weil wir nach 1982 den Haushalt erfolgreich konsolidiert und eine solide Finanzpolitik betrieben haben, ist jetzt auch eine vorübergehende und begrenzte Erhöhung der Nettokreditaufnahme zur Finanzierung der Ausgaben für die DDR vertretbar.

Sie ist vor allem deswegen unbedenklich, weil es sich auch hierbei letztlich um die Vorfinanzierung zusätzlichen Wachstums und damit künftiger Einnahmen handelt.

**Deshalb lassen Sie mich vor diesem Hintergrund klar sagen: Steuererhöhungen sind nicht notwendig und von dieser Bundesregierung nicht beabsichtigt.**

Wir wissen jedenfalls aus eigener Erfahrung zu gut, daß immer höhere Steuern und Abgaben die Leistungsfähigkeit der Bürger und der Wirtschaft insgesamt nicht stärken, sondern nachhaltig schwächen.

Wir sind 1982 angetreten mit dem Ziel, der Sozialen Marktwirtschaft wieder umfassend Geltung zu verschaffen, die Staatsfinanzen zu sanieren, den Leistungswillen der Menschen zu stärken und unseren Unternehmen angemessene und verlässliche Rahmenbedingungen zu bieten.

Die Bundesregierung hat damals unter schwierigen Bedingungen die notwendigen Weichenstellungen konsequent und beharrlich vollzogen. Heute ist der Erfolg bei uns und im Vergleich zum Ausland für jedermann offensichtlich. Es ist eine wirtschaftspolitische Erfolgsbilanz, die ihresgleichen sucht.

Sicher stehen wir jetzt in Deutschland vor anderen Problemen als 1982. Aber fest steht: Unsere Politik zur Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft hat zu Ergeb-



nissen geführt, die sich sehen lassen können. Sie bieten eine klare und bewährte Orientierung für den vor uns liegenden Weg.

**Gefragt ist daher jetzt — mehr denn je — eine Wirtschaftspolitik, die Leistungsbereitschaft und Eigeninitiative der Bürger und Unternehmen weiten Raum schafft. Dies ist — ich will es noch einmal sagen — dann zugleich eine sichere Quelle für wachsende Steuereinnahmen. Ein Anziehen der Steuer-schraube wäre dagegen mit Sicherheit der falsche Weg.**

Die von uns verfolgte Politik versetzt uns in die Lage, das Notwendige zu tun. Die Währungsunion mit Wirtschafts- und Sozialgemeinschaft soll die Herstellung der staatlichen Einheit vorbereiten. Die

### **Unter dem europäischen Dach**

deutsche Einheit betrifft aber die Deutschen nicht allein. Die innere Entwicklung muß deshalb mit Regelungen für die äußeren Aspekte zeitlich und sachlich verzahnt werden.

Wir haben von Anfang an darauf geachtet, daß sich der Prozeß der deutschen Vereinigung in einem stabilen europäischen Rahmen vollzieht. Es ist immer unser Ziel gewesen, als Europäer mit unseren Nachbarn und nicht gegen sie die Teilung Deutschlands zu überwinden. Ein politisch und wirtschaftlich in der Europäischen Gemeinschaft integriertes geeintes Deutschland ist der unerläßliche Stabilitätsfaktor, den Europa gerade in seiner Mitte braucht.

Die Bundesregierung hält an der Leitlinie Konrad Adenauers fest, daß die deutsche Frage nur unter einem europäischen Dach gelöst

**werden kann. Das heißt für uns Deutsche: Wir achten die berechtigten Sicherheitsinteressen aller betroffenen Länder, gerade auch der Sowjetunion.**

Die äußeren Aspekte betreffen nicht zuletzt die Rechte und Verantwortlichkeiten der vier Mächte in bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes, die Grenzfragen wie auch die Sicherheitsstrukturen.

Die ersten Gespräche auf Ministerebene gemäß der in Ottawa vereinbarten Formel Zwei plus Vier werden am 5. Mai in Bonn aufgenommen. Wir haben als Deutsche ein Interesse daran, daß diese Gespräche zügig vorangehen. Sie sollten bis zum KSZE-Gipfel Ende dieses Jahres zum Abschluß gebracht werden.

Morgen findet in Dublin ein EG-Sondergipfel statt, der insbesondere dem Thema der deutschen Einheit gewidmet sein wird. Die Staats- und Regierungschefs werden sich intensiv mit der Frage der Einbeziehung der DDR in die Europäische Gemeinschaft befassen.

Wir begrüßen es nachdrücklich, daß unsere Partner, die EG-Kommission und das Europäische Parlament uns in unseren Bemühungen um die Herstellung der staatlichen Einheit unterstützen und dies als europäische Aufgabe auch zu ihrer eigenen Sache machen.

Unsere Mitbürger in der DDR sollen wissen, daß sie in der Gemeinschaft freier Völker willkommen sind.

**Lassen Sie mich noch einmal sagen: Wir wollen die Einheit Deutschlands in Übereinstimmung mit unseren Nachbarn. Das künftige vereinte Deutschland wird ein verantwortungsvoller und solidarischer Partner in einem Europa des Friedens und der Freiheit sein.**



# Das Kommunalwahlsystem der DDR

**Das Kommunalwahlgesetz der DDR gilt ausdrücklich nur für die Kommunalwahl am 6. Mai 1990. Die Wahlen werden genau wie die Bundestagswahlen in der Bundesrepublik Deutschland nach den Grundsätzen einer mit der Personenwahl verbundenen Verhältniswahl durchgeführt. Das Verfahren ist jedoch grundlegend anders.**

Jeder Wähler hat zur Wahl der Vertretung des Kreises, der Gemeinde/Stadt und — bei Großstädten — der Stadtbezirke je drei Stimmen.

Das jeweilige Wahlgebiet (Kreis, Stadt, Stadtbezirk) wird in Wahlkreise eingeteilt. In jedem Wahlkreis werden je nach Größe zwischen 7 und 20 Abgeordnete gewählt. Für die einzelnen Wahlkreise können Parteien, andere politische Vereinigungen, Bürgerbewegungen sowie einzelne Wahlberechtigte Wahlvorschläge einreichen. Listenvereinigungen sind zulässig.

Der Stimmzettel: Die an der Wahl teilnehmenden Parteien, Vereinigungen, Bürgerbewegungen, Listenvereinigungen und Einzelbewerber sind in alphabetischer Reihenfolge aufgeführt. Unter den Bezeichnungen der Listen stehen die Namen der Kandidaten in einer von den vorschlagenden Parteien oder Gruppen verbindlich festgesetzten Reihenfolge. Jede Liste darf nur maximal so viele Kandidaten enthalten, wie Abgeordnete in dem betreffenden Wahlkreis zu wählen sind.

Hinter jedem Kandidaten befinden sich jeweils drei Kreise für die Stimmabgabe des Wählers. Der Wähler kann seine drei Stimmen einem einzigen Kandidaten geben (kumulieren), sie auf mehrere Kandidaten der gleichen Liste oder auf verschiedene Listen verteilen (panaschie-

ren). Er kann auch weniger als drei Stimmen abgeben.

Die Verteilung der Mandate

Die Verteilung der Mandate erfolgt nach dem in der Bundesrepublik Deutschland bei Bundestagswahlen geltenden Niemeyer-Verfahren.

Die im gesamten Wahlgebiet, das in der Regel aus mehreren Wahlkreisen besteht, auf eine Liste entfallenen gültigen Stimmen werden mit der Gesamtzahl der zu besetzenden Mandate multipliziert und durch die Gesamtzahl der gültigen Stimmen für alle Listen dividiert. Jede Liste erhält zunächst so viele Mandate, wie ganze Zahlen auf sie entfallen. Noch verbleibende Mandate werden den Listen in der Reihenfolge der höchsten Zahlenbruchteile zugeteilt. Bei gleichen Zahlenbruchteilen entscheidet das Los.

Nach der Feststellung, wie viele Mandate jeder Partei im Wahlgebiet zustehen, erfolgt nach dem gleichen Verfahren die Verteilung der Mandate jeder Liste auf die Wahlkreise.

Die auf eine Liste entfallenen Mandate erhalten die Kandidaten mit den höchsten Stimmenzahlen. Bei gleichen Stimmenzahlen entscheidet die Reihenfolge auf der Liste. Enthält eine Liste mehr Mandate als Kandidaten mit Stimmenzahlen auf ihr vorhanden sind, so erhalten die übrigen Mandate die Kandidaten ohne Stimmenzahlen entsprechend ihrer Reihenfolge auf der Liste.

**Über die Ergebnisse der Kommunalwahlen in der DDR am 6. Mai werden wir in den nächsten Ausgaben berichten.**



**Wolfgang Schäuble:**

# Mit dem neuen Ausländerrecht die Ausländerfreundlichkeit bewahren

**Ziel des neuen Ausländerrechts ist es, einen fairen Ausgleich zu schaffen zwischen den Hoffnungen und legitimen Erwartungen der bei uns lebenden Ausländer und den Interessen der deutschen Bevölkerung. Nur auf dieser Grundlage läßt sich Ausländerfeindlichkeit bewahren, und nur auf dieser Grundlage kann radikalen Kräften, die ausländerfeindliche Ressentiments schüren und ausbeuten wollen, das Handwerk gelegt werden.**

Zu diesem fairen Interessenausgleich gehört, daß der weitere Zuzug von Ausländern begrenzt bleiben muß, weil es für jede Gesellschaft Grenzen der Integrationsfähigkeit und -bereitschaft gibt. Das darf der nicht übersehen, der Ausländerfeindlichkeit dauerhaft bewahren will.

Man muß bei dieser Diskussion auch die besondere Verantwortung beachten, die uns unser Grundgesetz für Aus- und Übersiedler auferlegt. Ich hätte mir bei manchen Debatten um Aus- und Übersiedler der letzten Monate gewünscht, daß die Maßstäbe der Großzügigkeit, die gegenüber Ausländern und Asylbewerbern gefordert werden, auch an Aus- und Übersiedler angelegt worden wären.

Wenn uns in den Diskussionen gelegentlich andere europäische Staaten als angeblich großzügigere Vorbilder vorgehalten werden, so muß dem mit dem Hinweis begegnet werden, daß ein Verzicht auf Zuzugsbegrenzung in einem Europa der offenen Grenzen bei keinem unserer Partner weder in Schengen noch in der Europäischen Gemeinschaft auf Zustimmung

gestoßen wäre und daß im übrigen kein anderer Staat in so großzügiger Weise, wie der Artikel 16 unseres Grundgesetzes politisch Verfolgten einen uneingeschränkten Rechtsanspruch auf Asyl gewährt.

Gerade um auch in Zukunft fähig zu bleiben, Verfolgten Schutz und Zuflucht zu gewähren, müssen wir die mißbräuchliche Berufung auf das Asylrecht wirkungsvoller unterbinden durch schnellere Asylverfahren und durch den Vollzug der Ent-

**Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble bei der zweiten und dritten Lesung des Gesetzentwurfs zur Neuregelung des Ausländerrechts am 26. April 1990 im Deutschen Bundestag**

scheidungen, d. h. ggf. auch die Abschiebung abgelehnter Asylbewerber.

Wir haben im Zusammenwirken zwischen Bund und Ländern in den zurückliegenden 12 Monaten erhebliche Fortschritte bei der Beschleunigung der Asylverfahren erreicht. Ich bin überzeugt, daß die mit der Novellierung des Asylverfahrensgesetzes zu beschließenden Beschleunigungen auch bei den Gerichtsverfahren Verbesserungen bringen. Auch die klaren Abschiebungsregelungen des neuen Ausländergesetzes werden dazu beitragen, den Vollzug zu verbessern.

Ich weiß und will nicht verschweigen, daß die allermeisten, die sich zu Unrecht



auf das Asylrecht berufen und damit die seit 1973 verfolgte Politik des Anwerbestopps unterlaufen, zumindest im Vergleich zu unserer wirtschaftlichen und sozialen Lage aus sehr viel schlechteren Verhältnissen kommen. Aber wir können nicht allen, die auf dieser Erde in Hunger, Not und Elend leben, dadurch helfen, daß wir sie in unsere Bundesrepublik Deutschland aufnehmen, und deshalb ist noch wichtiger, daß wir als Deutsche wie als Europäer unsere Anstrengungen verstärken, um das Wohlstandsgefälle zu Europa, um Hunger und Not in der Dritten Welt wirkungsvoller zu bekämpfen.

Die Begrenzung des weiteren Zuzugs von Ausländern liegt vor allem im Interesse unserer ausländischen Mitbürger selbst. Für diese, also für die hier seit langem rechtmäßig lebenden Ausländer, bringt das neue Recht im wesentlichen nur Verbesserungen.

Wer den ausländischen Mitbürgern in den letzten Monaten eingeredet hat, daß dieses Gesetz für sie Verschlechterungen bringe, der hat im Sinne des 8. Gebotes falsch Zeugnis geredet, hat wahrheitswidrig und zu Unrecht Ängste bei ausländischen Mitbürgern geschürt und hat damit gegen sein eigenes Anliegen der Ausländerfreundlichkeit eklatant verstoßen.

Ich wiederhole: Das neue Ausländerrecht bringt für die hier seit langem lebenden Ausländer im wesentlichen nur Verbesserungen, und zwar so umfassend, wie es möglich ist im Sinne des von mir genannten fairen Interessenausgleichs zwischen

deutschen und ausländischen Mitbürgern.

Dazu gehören die seit mehr als einem Jahrzehnt von vielen geforderten Rechtsansprüche

- ▶ Ehegatten- und Kindernachzug
- ▶ auf Aufenthaltsverlängerung und Aufenthaltsverfestigung sowie
- ▶ die Wiederkehrproption für Ausländer der zweiten und dritten Generation und vor allem auch
- ▶ Rechtsansprüche auf Einbürgerung.

All dies dient dem Ziel, die Integration der hier lebenden Ausländer zu verbessern.

Ich will an einem einzigen Thema, nämlich am Erfordernis ausreichenden Wohnraums, verdeutlichen, was ich mit notwendigem fairem Interessenausgleich meine.

Die Forderung nach dem Vorhandensein ausreichenden Wohnraums — bei der im übrigen Kinder unter zwei Jahren überhaupt nicht mitgezählt werden und die generell für Kinder nicht zur Versagung der Aufenthaltsverlängerung führen kann — ist die geringste Stufe, die überhaupt verlangt werden kann.

Es macht keinen Sinn, wenn bei der Unterbringung von Asylbewerbern kritisiert wird, es würden zu wenige Quadratmeter Wohnfläche pro Person zur Verfügung gestellt, wenn diese Kritiker gleichzeitig ihr Einverständnis damit signalisieren, daß ausländische Arbeitnehmerfamilien, die doch auf Dauer hier leben, auf

## „Die Zukunft des ländlichen Raumes sichern“

Die Dokumentation mit dem Programm der CDU für den ländlichen Raum in der letzten Ausgabe des Uid kann in Broschürenform in unserem IS-Versandzentrum, Postfach 1328,

4804 Vermold, bezogen werden.  
Bestell-Nr.: 5251  
Mindestabnahme: 50 Exemplare  
Preis pro Mindestabnahme:  
20,— DM



noch geringeren Wohnflächen untergebracht sind.

Das Gesetz läßt durch Obergrenzen — Sozialwohnungsniveau — und Untergrenzen — Einhaltung der auch für Deutsche geltenden Rechtsvorschriften — ausreichenden Spielraum.

Es ist unrichtig und dient lediglich einer aufhetzenden Stimmungsmache, wenn in auch vom Deutschen Gewerkschaftsbund mitgetragenen Flugblatt-Aktionen für eine 5köpfige Familie als ausreichender Wohnraum lediglich die für Sozialwohnungen mögliche Obergrenze von 105 m<sup>2</sup> genannt und verschwiegen wird, daß die Untergrenze bei 45 bis 50 m<sup>2</sup> liegt.

Mit diesem agitatorischen Verschweigen werden ausländische Mitbürger bewußt verunsichert und in die Irre geführt.

Die Unterschreitung dieser genannten Untergrenze kann keinesfalls, und zwar gerade aus Gründen des Schutzes der Familie und des Kindeswohls und damit im Interesse der Ausländer, hingenommen werden.

Wir alle, die wir uns einem freiheitlichen und freundlichen Zusammenleben von deutschen und ausländischen Mitbürgern verpflichtet fühlen, sollten mitwirken, gerade den Ausländern zu erklären, welche Verbesserungen für sie eingeführt werden, und ihnen nicht unbegründete Ängste einreden.

Der Gesetzestext ist, und dies gehört nicht zu seinen Vorzügen, nicht einfach zu verstehen, für Deutsche nicht und schon gar nicht für Ausländer. Ein Stück weit ist das eine unvermeidliche Folge des ausländerfreundlichen Ansatzes, klare, einklagbare Rechtsansprüche, etwa auf Familiennachzug, Aufenthaltsverlängerung und -verfestigung und Einbürgerung, zu schaffen. Wer einklagbare Rechtsansprüche einführt, muß auch die Voraussetzungen und die Ausnahmen präzise definieren.

Aber gerade weil unsere Gesetzessprache sich dem Laien nicht leicht erschließt, ist es wichtig, daß alle, die sich für die Betreuung ausländischer Mitbürger engagieren und verantwortlich fühlen, mitwirken, die ausländerfreundliche Zielsetzung und Wirkung dieses Gesetzes auch zu erläutern. Dies gilt für Ausländerbehörden genauso wie für Wohlfahrtsverbände.

Ich appelliere an alle, die Ausländerfreundlichkeit wirklich meinen, nach der Verabschiedung dieses Gesetzes mitzuwirken, daß wir dieses Ziel auch wirklich erreichen.

**Die Bundesrepublik Deutschland ist ein ausländerfreundliches Land, und unser Ziel ist, daß sie es auch in Zukunft bleibt. So dienen wir auch am besten dem inneren Frieden.**

## Erfassungsstelle Salzgitter

### **Ein Glück, daß auf die SPD nicht gehört wurde**

Zu den jahrelangen Forderungen von SPD und SED, die Erfassungsstelle Salzgitter abzuschaffen, sagt Professor Dähn, Vorsitzender des Ausschusses der Volkskammer der DDR zur Untersuchung der Stasi-Verbrechen:

Es ist geradezu ein Glück, daß Salzgitter nicht — wie immer wieder von der SED und auch von der SPD in der Bundesrepublik gefordert wurde — sang- und klanglos aufgehört hat zu existieren. Wir brauchen die Erfassungsstelle heute mehr denn je. Die meisten Bürger der DDR (und auch in Westdeutschland) können sich sonst gar nicht vorstellen, was bei uns wirklich los war und wie die Menschen mißbraucht wurden. Das Salzgitter-Archiv ist eine beispiellose Dokumentation.



Ignaz Kiechle:

## Unser Widerstand hat sich gelohnt

**Die Preisverhandlungen in Brüssel für das Wirtschaftsjahr 1990/91 sind abgeschlossen. Der Preisbeschluß wurde einstimmig gefaßt. Ich habe mich für seine Annahme entschieden; diese Entscheidung ist mir nicht leicht gefallen. Sie war aber erforderlich, um die in sehr zähen Verhandlungen erreichten Fortschritte — insbesondere im Getreidebereich — nicht zu gefährden.**

Lassen Sie mich für eine realistische politische Bewertung des Ergebnisses die Ausgangslage in Erinnerung rufen: Nach den Vorstellungen der Kommission sollte der Getreidepreis im kommenden Wirtschaftsjahr gesenkt werden:

- ▶ um 3 Prozent infolge der Stabilisatoren ohne jeden Ausgleich und
- ▶ um 0,7 Prozent durch Halbierung des Währungsbestandes.

Ich habe mich immer wieder vehement gegen weitere Belastungen für die Getreideerzeuger ausgesprochen.

Mein Ziel war, die aus dem Stabilisatorenbeschluß, den der Europäische Rat im Februar 1988 getroffen hat, unvermeidliche 3prozentige Preissenkung durch flankierende Maßnahmen auszugleichen.

Und es ging mir entscheidend auch darum, daß mit diesem Preisbeschluß endlich die Umsetzung der Teile des Stabilisatorenbeschlusses, durch die die Landwirte entlastet werden sollen, wesentlich vorangetrieben wird.

Das Ziel, die aus der Stabilisatorenregelung folgende Preissenkung auszugleichen, wurde fast vollständig erreicht:

- Die Zahlungsziele bei der Intervention

von Getreide wurden von 110 auf 30 Tage verkürzt (für Fleisch und Butter auf 45 Tage). Für Getreide bedeutet das eine Preiserhöhung von rund 2,3 Prozent.

- Die monatlichen Zuschläge wurden auf die im Vorjahr (1,31 Ecu/to) geltende Höhe von 1,50 Ecu/to heraufgesetzt. Hieraus ergibt sich ein weiterer Preiserhöhungseffekt von rund 0,3 Prozent.

Ganz wichtig ist auch, daß die von der Kommission mit großem Nachdruck verfolgte Halbierung des Währungsabstandes bei Getreide, die eine Preissenkung von 0,7 Prozent bedeutet hätte, vollständig vermieden werden konnte.

Durch die Verbesserung bei den Zahlungszielen und bei den monatlichen Zuschlägen für Getreide ergibt sich

Nach fünf schwierigen Verhandlungsrunden über die EG-Agrarpreise für das Wirtschaftsjahr 1990/91 ist nach Lage der Dinge ein akzeptables Ergebnis herausgeholt worden.

zusammengerechnet eine Kompensation der Preissenkung in Höhe von rund 2,6 Prozent, nach Berechnungen der Kommission sogar von 2,75 Prozent. Diese weitgehende Kompensation der Preissenkung infolge des Stabilisatorenbeschlusses ist vollauf berechtigt:

- Denn die entlastenden Elemente des Stabilisatorenbeschlusses vom Februar 1988 wurden bislang in einer sehr unbefriedigenden Weise umgesetzt.



● Der von den Regierungschefs verabschiedete Gesamtbeschuß hat damit sein Ziel, die Märkte zu sanieren und dadurch die Einkommen zu stabilisieren, bis heute nicht erreicht.

● Wäre die Flächenstilllegung in allen Mitgliedstaaten so konsequent wie von der Bundesregierung angeboten und von unseren Landwirten angenommen worden, wäre die Produktion in der Gemeinschaft unterhalb der Schwelle von 160 Mio. t geblieben.

Eine 3prozentige Preissenkung ohne wirksame entlastende Maßnahmen mußte deshalb insbesondere von den deutschen Landwirten als Provokation empfunden werden. Dies haben sie gerade in den letzten Tagen deutlich genug gesagt.

Erfolgreich war auch unser Widerstand gegen den Kommissionsvorschlag, durch den die bisherige Kleinerzeugerregelung für Getreide ersetzt werden sollte.

Nach diesem Vorschlag sollten Erzeuger von Getreide, Ölsaaten und Eiweißpflanzen nur dann eine Flächenbeihilfe erhalten, falls

- ▶ ihr Einkommen überwiegend aus dem Anbau dieser Kulturen stammte und
- ▶ ihre Ackerfläche geringer als 20 ha war.

Dies hätte bei uns

- ▶ 90 Prozent der bisherigen Kleinerzeuger — auch alle Nebenerwerbsbetriebe — aus der Regelung ausgeschlossen und

▶ einen unververtretbaren bürokratischen Aufwand zur Folge gehabt.

Nach dem jetzigen Beschluß wird dieser Vorschlag in den nächsten beiden Wirtschaftsjahren nur fakultativ angewendet und danach noch einmal grundsätzlich überprüft werden. Er wird bei uns nicht angewandt werden.

Lassen Sie mich noch einige Bemerkungen zum Milchbereich anfügen:

Ich habe mich von Beginn der Beratungen an mit aller Kraft für einen weiteren Abbau der MVA eingesetzt. Im Laufe der Verhandlungen zeigte sich jedoch, daß ein Abbau der MVA nur bei einer entsprechenden Senkung des Butterinterventionspreises erreichbar sein würde.

In der aktuellen Marktlage konnte für mich eine Absenkung des Stützungs niveaus für Butter mit unmittelbarer negativer Auswirkung auf den Milchauszahlungspreis nicht in Frage kommen.

Das gleiche gilt für die MVA bei Getreide. Die Kommission, aber auch verschiedene Mitgliedstaaten, wollten einen Abbau allenfalls bei gleichzeitiger Interventionspreissenkung akzeptieren.

---

## Endlich Entlastung

---

Für meine Entscheidung, den letzten Kompromißvorschlag mitzutragen, war wesentlich, daß mit dem heutigen Beschluß endlich die Umsetzung der unsere Landwirte entlastenden Teile der Stabilisatorenregelung wesentlich voran gebracht wird. Das war ein zentrales Ziel meiner Verhandlungsführung. Bei einer Ablehnung des Kompromißvorschlags wäre dieses Ziel nicht zu erreichen gewesen.

Die Kommission hat sich jetzt verpflichtet, die bisherige Umsetzung der Stabilisatorenregelung einer generellen Prüfung zu unterziehen, und sie wird die geeigneten Vorschläge vorlegen, die für die Umsetzung der entlastenden Regelungen erforderlich sind.

Diese Vorschläge hat sie so rechtzeitig zu unterbreiten, daß die erforderlichen Beschlüsse für das Wirtschaftsjahr 1991/92 getroffen werden können.

Für die wichtigsten marktentlastenden



Maßnahmen wurden mit dem Brüsseler Beschluß bereits folgende konkrete Schritte festgelegt:

● Um die Forderung der nachwachsenden Rohstoffe endlich voranzubringen, wird der Rat kurzfristig, d. h. bis zum 30. Juni dieses Jahres, die erforderlichen Maßnahmen zur Durchführung von Demonstrationsvorhaben beschließen. Er

### Angemessene Finanzierung

wird hierfür eine angemessene Finanzierung sicherstellen. Wir haben außerdem vereinbart, bis zu diesem Termin auch eine Regelung über die allgemeine Förderung von nachwachsenden Rohstoffen zu verabschieden.

● Die Kommission hat sich verpflichtet, auch das vordringliche Problem einer stärkeren Getreideverfütterung wieder anzugehen und geeignete Maßnahmen zur Förderung der Getreideverfütterung vorzuschlagen.

● Besonders wichtig ist für mich, daß der Preisbeschluß konkrete Schritte vorsieht, um die Anwendung der Flächenstilllegung in allen Mitgliedstaaten effektiv und ausgewogen zu machen. Hierfür hat die Kommission sich verpflichtet, alle erforderlichen Maßnahmen zu prüfen, damit dieses Ziel bereits im bevorstehenden Getreidewirtschaftsjahr, d. h. im Wirtschaftsjahr 1990/91 erreicht wird.

Sie wird in Kürze geeignete Vorschläge vorlegen, um die bestehenden Regelungen, soweit wie erforderlich, zu verbessern.

Der Rat hat ausdrücklich festgelegt, daß es dabei u. a. um die von mir seit langem geforderte engere Verbindung zwischen der Flächenstilllegung und der Mitverantwortungsabgabe gehen wird.

Die Kommission wird unverzüglich und mit allen Mitteln dafür zu sorgen haben,

daß die Flächenstilllegungsprämie in den übrigen Mitgliedstaaten ausreichend hoch festgesetzt wird, damit sie einen wirksamen Anreiz zu einer breiten Beteiligung bietet.

Lassen sie mich zusammenfassen:

● Wir haben mit diesem Kompromiß nicht alle unsere Ziele voll erreicht. Ich halte ihn aber unter den gegebenen Umständen insbesondere aus folgenden Gründen für tragbar:

● Die durch die Stabilisatorenregelung unvermeidliche Getreidepreissenkung von 3 Prozent wurde durch die heute beschlossenen flankierenden Maßnahmen sehr weitgehend ausgeglichen.

Abgesehen von der Einkommenswirkung hat das für mich prinzipielle Bedeutung. Denn erstmals hat die Kommission — unter dem Druck des Rates und beeinflusst auch durch die zunehmende Unruhe der europäischen Landwirte — von ihrer seit Jahren verfolgten Strategie abgelassen, die Getreidepreise sowohl durch direkte als auch durch indirekte Maßnahmen zu senken. Erstmals seit

### Erstmals positive Preiseffekte

Jahren war sie bereit, durch flankierende Maßnahmen positive Preiseffekte zu akzeptieren.

● Durch diesen Preisbeschluß kommen wir — mit den Erklärungen zur Flächenstilllegung, zur Getreideverfütterung und zu den nachwachsenden Rohstoffen — endlich bei der Umsetzung der entlastenden Elemente der Stabilisatorenregelung ein wichtiges Stück voran. Ich habe im Rat ganz deutlich gemacht, daß ich die Kommission hier beim Wort nehmen werde. Dabei wird es mir u. a. um die auch vom Bundestag und Bundesrat geforderte engere Verbindung zwischen der Flächenstilllegung und der Mitverantwortungsabgabe für Getreide gehen.



Generalsekretär Volker Rühle:

## Demagogische SPD-Wahlkampfbroschüre soll die Wähler in NRW verwirren

Die Wahlkampfbroschüre „Sozialer Abbau“, mit der die nordrhein-westfälische SPD einen sehr persönlichen Angriff gegen Bundesarbeitsminister Norbert Blüm versucht, ist ein übles Machwerk zur Verwirrung der Wähler. Der für die Broschüre verantwortlich zeichnende nordrhein-westfälische SPD-Landesvorsitzende und Ministerpräsident Rau hat sich damit aus dem Kreis der seriösen Sozialpolitiker endgültig verabschiedet.

Das Grundstrickmuster der Broschüre heißt: Erfolge und neue Leistungen verschweigen oder bagatellisieren, Belastungen der Versicherten an nicht nachprüfbaren Einzelfällen aufbauschen und hochrechnen.

**Beispiele:**

● Die Härte- und Überforderungsklausel der Gesundheitsreform wird beiläufig als bürokratisch abgetan, aber in keinem dargestellten „Fall“ wird sie berücksichtigt. So erfährt der Leser nicht, daß z.B. ein Rentner-Ehepaar mit einem Monatseinkommen von 1.800 Mark überhaupt nichts zum Zahnersatz zuzahlen muß.

● So wird verschwiegen, daß bei Medikamenten, für die Festbeträge gelten, die Zuzahlung der Versicherten von 3 Mark völlig wegfällt. Dadurch sparen die Versicherten schon jetzt 350 bis 400 Millionen Mark jährlich.

● Die Behauptung in der Broschüre, für eine querschnittsgelähmte Frau zahle die Krankenkasse keine Abfuhrmittel, ist eine glatte Lüge.

● Es wird behauptet, der Zuschuß für eine Brille betrage nur noch 20 Mark. Das ist falsch. Dieser Zuschuß betrifft nur das Brillengestell, und für 20 Mark sind überall qualitativ einwandfreie Brillengestelle zu erhalten. Will die SPD Luxusleistungen aus Solidarbeiträgen finanzieren?

● Hörgeräte-Batterien veranschlagt die SPD mit 5,80 Mark. Es gibt überall Händler, die im Wettbewerb diese Batterien für 1 Mark und sogar darunter anbieten.

● Ein Hauptanliegen der Gesundheitsreform, in das neben der Entlastung der Beitragszahler rund die Hälfte des Einsparvolumens investiert wird, ist die ver-

**Das Strickmuster der SPD-Broschüre ist so einfach wie billig: Erfolge verschweigen und nicht nachprüfbare Einzelfälle aufbauschen.**

besserte Hilfe für die zu Hause versorgten Schwerpflegebedürftigen. Dieses wichtige Anliegen wird in der Broschüre mit der lapidaren Bemerkung abgetan: „Blüms Pflege-Idee verschlingt allein 6,6 Milliarden!“ Welche Hilfen die Schwerpflegebedürftigen wirklich erhalten, erfährt der Leser aus dieser Broschüre nicht.

Tatsache ist, daß sich die Standfestigkeit und die Politik Norbert Blüms ausgezahlt und zu einer erfolgreichen Gesundheitsreform geführt haben. Mit ihrem demagogischen Machwerk hat die SPD den Boden einer sachlichen Wahlkampfauseinandersetzung bewußt und vorsätzlich verlassen.



## Nordrhein-Westfalen

# 800 Schulen von Schließung bedroht

Wenn für die nächste Wahlperiode nicht eine SPD-Mehrheit im Landtag verhindert wird, droht eine dramatische Verschärfung des Schulsterbens in Nordrhein-Westfalen. Nachdem in den letzten zehn Jahren schon 450 Schulen aufgelöst worden sind, soll dann den kleinen Schulen endgültig der Garaus gemacht werden. Die Forderung des stellvertretenden SPD-Fraktionschefs Dammeyer, daß nur noch Schulen mit 56 oder mehr Schülern in der Klasse 5 fortgeführt werden können, bedeutet, daß über 800 Schulen in NRW von der Schließung bedroht sind.

Der Hintergrund für die Dammeyer-Initiative liegt in den weiter steigenden Kosten für das SPD-Lieblingskind, die Gesamtschule. Allein im Haushaltsjahr 1990 braucht die Gesamtschule mindestens 700 neue Lehrerstellen. Gegenüber den anderen Schulformen genießt die Gesamtschule zahlreiche Privilegien, vor allem eine bessere Lehrerversorgung. Jede neue Gesamtschule verschlingt pro Jahr rund 700.000 Mark an zusätzlichen Personalkosten. In den letzten 20 Jahren hat die SPD-Gesamtschulpolitik schon fast eine Milliarde Mark an Mehrkosten verursacht.

Trotzdem setzen die SPD-Bildungsideologen ihre bedenkenlose Gesamtschulpolitik fort. Die Gesamtschule soll Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien ersetzen und zur Einheitsschule für alle Kinder werden. Der weiter wachsende Bedarf für die Gesamtschulen soll gedeckt werden, indem das gegliederte Schulwesen demontiert wird. Die Schließung von Hauptschulen, Realschulen

und Gymnasien soll Lehrerstellen (und Gebäude) für die Gesamtschulen liefern. Äußerungen des Kultusministers zum Dammeyer-Vorstoß machen deutlich: Innerhalb der SPD ist man sich einig darüber, daß weiter Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien geschlossen werden sollen. Offen ist lediglich der Umfang des Schulsterbens. Das Wort von Kultusminister Schwier, daß er sich für die Beibehaltung der geltenden Praxis einsetzen werde, die ja jetzt schon ein kontinuierliches Schulsterben verursacht, ist Makulatur. Denn die Vergangenheit hat gezeigt, daß sich Herr Schwier in entscheidenden Fragen selten gegen die SPD-Bildungsideologen durchsetzen konnte.

Das gravierendste Beispiel war die Kapitulation des Ministerpräsidenten, des Kultusministers und des SPD-Fraktionschefs am 18. Dezember 1987, als sie ihre Zusage, ein Jahr lang keine Schulen zu schließen, auf Druck der eigenen Genossen in der Fraktion zurückziehen mußten. Seit diesem Tage ist klar, daß in Sachen Schulschließungen nicht das Wort des Kultusministers, sondern das von Dammeyer gilt.

Jede Stimme für die SPD am 13. Mai bei der Landtagswahl ist eine Stimme für die Schließung von Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien.

**Herbert Reul**, schulpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion NRW: Diese SPD-Schulpläne dürfen nicht Wirklichkeit werden. Die CDU will die Schule in der Nachbarschaft, im Dorf, im Stadtteil lassen. Das Schulrecht muß so geändert werden, daß auch kleine Schulen erhalten werden können.



# Entmündigung gänzlich abgeschafft

Die Bundesregierung hatte nach intensiven Vorarbeiten einen Gesetzentwurf vorgelegt, dessen Grundausrichtung über alle Parteigrenzen hinweg auf breite Zustimmung, insbesondere auch bei den Fachverbänden, gestoßen ist. Auch bei einer öffentlichen Anhörung im vergangenen Jahr begrüßten fast alle Sachverständigen und Verbände das Reformwerk als bedeutenden Fortschritt.

Im neuen Betreuungsgesetz werden folgende grundlegende Reformanliegen verwirklicht:

- Die Vormundschaft und die Pflegschaft über Volljährige werden durch ein einheitliches flexibles Rechtsinstitut der Betreuung abgelöst. Die Entmündigung wird gänzlich abgeschafft.

- Im Mittelpunkt der Betreuung steht die Sorge für die Person des Betroffenen. An die Stelle anonymer Vermögensverwaltung tritt die persönliche Betreuung. Das Betreuungsgesetz regelt wichtige Fragen der Personensorge, wie etwa Heilbehandlung, ärztliche Eingriffe, Unterbringung und Sterilisation. Neben der Einwilligung des Betreuers ist in schwerwiegenden Fällen zukünftig die Genehmigung des Vormundschaftsgerichts erforderlich.

- Sowohl bei der Anordnung einer Betreuung als auch bei Eingriffen in Rechte des Betreuten gilt streng der Erforderlichkeitsgrundsatz. Nur soweit der Betroffene tatsächlich der Unterstützung bedarf, wird eine Betreuung angeordnet. Das individuelle Betreuungsbedürfnis ist entscheidend, die verbliebenen Fähigkeiten des Betroffenen sind zu berücksichtigen. Die Betreuungsanordnung wird alle fünf Jahre überprüft.

- Eingeführt wird die Möglichkeit von Altersvorsorgevollmachten, auch „Altestestament“ genannt. Es ist bisher eine große Ungereimtheit, daß verbindliche Verfügungen bisher zwar für den Todesfall, aber nicht für den Fall einer krankheitsbedingten Hilflosigkeit getroffen werden können. Vielen älteren Bürgern kann demnächst die Angst vor einem Nachlassen ihrer geistigen Fähigkeiten genommen werden, weil sie „in gesunden Tagen“ vorausschauend festlegen können, wer im Falle altersbedingter Gebrechlichkeit als Betreuer bestellt und

Anton Stark und Manfred Langner: Der Deutsche Bundestag hat eines der wichtigsten rechtspolitischen Reformvorhaben in dieser Legislaturperiode — das neue Betreuungsgesetz — verabschiedet.

nach welchen Grundsätzen für Person und Vermögen gesorgt werden soll.

- Diskriminierende Begriffe des bisherigen Vormundschafts- und Pflegschaftsrechts wie „Mündel“, „Pflegling“ oder „zu Entmündigender“ werden beseitigt. Die betreuungsbedürftige Person wird als „Betreuer“, das Rechtsinstitut als „Betreuung“ und der bisherige Vormund oder Pfleger als „Betreuer“ bezeichnet.

- Anordnung und Betreuerbestellung werden in einem einheitlichen Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit geregelt, für das die Vormundschaftsgerichte zuständig sind. Hierbei werden die



## „SPD-Wendehäse werden zu Korkenziehern“

**Optimistisch zeigte sich die Bremer CDU auf ihrem Landesparteitag am vergangenen Sonnabend (28. April). Allen voran Bernd Neumann, der mit 207 Stimmen bei 15 Gegenstimmen als Bremer CDU-Landesvorsitzender wiedergewählt wurde. Es war das beste Ergebnis, das der Bundestagsabgeordnete und medienpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion seit seiner Amtsübernahme im Jahre 1979 erzielt hat.**

Bernd Neumann, im Vorfeld der Wahl zur Volkskammer der DDR politischer Berater der in der „Allianz für Deutschland“ zusammengesetzten Parteien, konnte auf dem Parteitag mit dem Parlamentarischen Staatssekretär Günther Krause, Vorsitzender der CDU-Fraktion in der Volkskammer der DDR und Vorsitzender des CDU-Landesverbandes Mecklenburg und Vorpommern, mit Ottfried Hennig, dem Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen und Vorsitzenden des CDU-Landesverbandes Schleswig-Holstein sowie mit dem früheren Regierungssprecher Friedhelm Ost eine Reihe prominenter Gäste begrüßen.

In seiner Rede auf dem Parteitag betonte Bernd Neumann im Zusammenhang mit der Deutschlandpolitik

noch einmal, daß die CDU unbeirrt am Auftrag des Grundgesetzes zur Wiedervereinigung über 40 Jahre festgehalten habe. Demgegenüber sehe er die SPD vor dem Scherbenhaufen ihrer Deutschlandpolitik. Einige Sozialdemokraten seien nicht nur zu „Wendehäsen“, sondern sogar zu „Korkenziehern“ geworden.

Aufbruchstimmung kam auf, als Bernd Neumann die 230 Delegierten zu verstärktem kämpferischen Einsatz aufrief: „Ich bin sicher, daß wir den Sozialdemokraten in Bremen noch

### Bernd Neumann mit Rekordergebnis in seinem Amt bestätigt

während meiner politischen Amtszeit eine Niederlage bereiten werden.“

Die Landesregierung sei ein politisches Digbruchunternehmen, das im Lande Bremen abgewirtschaftet habe. Neumann zählte eine lange Liste von Beispielen aus den vergangenen 2 Jahren auf, die diesen Senat zu einem Krisensenat gemacht hätten. Direkt an Bürgermeister Wedemeier richtete er den Vorwurf, daß es demgegenüber dem Senat immer noch nicht gelungen sei, die im Vergleich zum Bundesgebiet doppelt so hohe Arbeitslosigkeit in Bremen zu verringern.

Betroffenen weitaus stärker als bisher an dem Entscheidungsprozeß beteiligt. Persönliche Anhörung und Begutachtung sind Eckpfeiler des Verfahrens.

Mit dem neuen Betreuungsgesetz wird ein lange Zeit vernachlässigtes Rechtsgebiet, von dem viele, vor allem ältere Menschen, existentiell betroffen sind, dem

Geist unserer Verfassung angepaßt. Viele der Betroffenen und ihre Angehörigen warten schon lange auf diese Reform. Die Regierungskoalition hat stets versichert, daß sie das umfangliche Gesetzeswerk noch in dieser Legislaturperiode verwirklichen will. Dieses Versprechen wurde jetzt eingelöst.



Großartiges EG-Gipfelergebnis

# DIE EINHEIT KOMMT

## IN DEUTSCHLAND UND EUROPA

Der EG-Gipfel von Dublin war ein Gipfel der deutschen und europäischen Einheit.

● Alle 11 anderen EG-Partner unterstützen jetzt voll die deutsche Wiedervereinigung. Das ist es, was Helmut Kohl wollte.

● Die DDR bekommt uneingeschränkten Zugang zur Europäischen Investitionsbank und zu den Kreditmöglichkeiten der Montanunion:

D. h.: europäische Unterstützung beim Aufbau der DDR.

● Gleichzeitig mit dem Europäischen Binnenmarkt soll auch die Währungsunion in Kraft treten:

D. h.: Europäische Währung ab 1993. Das ist ein wichtiger Schritt zu einem wirtschaftlich starken und stabilen Europa.

● Noch ein Pluspunkt: Die „Vereinigten Staaten von Europa“ sind beschlossen. Klarer Auftrag der Regierungschefs an ihre Außenminister. Bis Juni müssen die Vorschläge dafür erarbeitet werden. Noch in diesem Jahrzehnt kann es eine echte europäische Regierung mit einem starken europäischen Parlament geben. D. h.: auch ein politisch starkes und sicheres Europa.

### Und so kommentierten die europäischen Regierungschefs den Europagipfel:

- ▶ Ruud Lubbers (Niederlande): „Die Niederlande unterstützen den Wiedervereinigungsprozeß voll“
- ▶ Poul Schlüter (Dänemark): „Kohls Erklärung war historisch“
- ▶ Jacques Santer (Luxemburg): „Auf die jetzige Entwicklung haben wir seit Jahren gewartet“
- ▶ Die englische Regierungschefin Frau Thatcher dankte den Deutschen für Treue und Loyalität und der französische
- ▶ Staatspräsident Mitterrand rühmte Bundeskanzler Helmut Kohls „historische Bewältigung der Probleme“.

Helmut Kohl hat wieder einmal den Durchbruch geschafft:

**Die Einheit kommt, Europa wird stärker.**

# CDU



Die  
Zukunft



UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 24 49  
5300 BONN 1

# WM '90



**Mit WM -  
Preisausschreiben**

FUSSBALL-WELTMEISTERSCHAFT  
ITALIEN · 8. JUNI BIS 8. JULI 1990

## Fußball-WM- Kalender '90

In bewährter Form, handlich und praktisch, steht als Verteilmittel auch bei dieser Fußballweltmeisterschaft wieder ein Kalender zur Verfügung, in dem sich u. a. Spielpaarungen, Termine und Fernsehzeiten finden. Die einzelnen Spielergebnisse können Fußballfans selber in Tabellen eintragen.

Bestell-Nr.: 2228

Mindestbestellmenge: 250 Expl.

Preis pro Mindestbestellmenge:  
25,— DM

(ohne MwSt. inkl. Versand)

Bestellungen an.:

**IS-Versandzentrum,  
Postfach 1328, 4804 Vermold**

# UiD

15/90

**UNION IN DEUTSCHLAND** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.  
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91, Telefax (02 28) 23 40 93, Vertrieb: Telefon (02 28) 544-421. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lühje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Kontonr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Bonn, Kontonr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis:** jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. **Herstellung:** Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.